

**October 26, 1972**

**Draft of a Planned East German Demarche, to be Read to the Chinese Ambassador, Against Chinese Statements on the Occasion of the Establishment of Chinese-West German Diplomatic Relations and Walter Scheel's Visit**

**Citation:**

"Draft of a Planned East German Demarche, to be Read to the Chinese Ambassador, Against Chinese Statements on the Occasion of the Establishment of Chinese-West German Diplomatic Relations and Walter Scheel's Visit", October 26, 1972, Wilson Center Digital Archive, Included in the document reader for the international conference "China and the Warsaw Pact in the 1970-1980s" held by CWHIP and the Parallel History Project March 2004 in Beijing. Translated by Samuel Denney.  
<https://wilson-center-digital-archive.dvincitest.com/document/114797>

**Summary:**

This document is a demarche to be delivered to the Chinese ambassador in East Berlin on the occasion of China's establishment of diplomatic relations between West Germany and the People's Republic of China (PRC). The demarche says the West German government is pursuing a revisionist policy and does not accept the post-war separation of Germany. It assesses the role of Bonn in international relations as detrimental to the entire Socialist camp and regards the visit of West German Foreign Minister Walter Scheel to Beijing, as well as diplomatic relations between China and West Germany, as damaging the interests of East Germany. The author asks China to reconsider this policy, with reference to East Berlin's support for the PRC's territorial claims to Taiwan/Formosa.

According to a marginal note, the demarche was never delivered.

**Credits:**

This document was made possible with support from Leon Levy Foundation

**Original Language:**

German

**Contents:**

Original Scan  
Translation - English

C 6610

Gen. Staatssekretäre  
 Kolbert teilte mir am  
 7.11.72 mit:  
 Auf PB-Fixung sagte er den geplanten Besuch  
 Hallsupolome für nicht zweckmäßig  
 halte, die Massnahmen wird  
 deshalb nicht durchgeführt  
 E. Stöcker  
 0002  
 11/11/72

Genossen  
 Erich Honecker

Genossen  
 Willi Stoph

Lieberman  
 AM

Berlin, 26. Oktober 1972

Werte Genossen!

Im Zusammenhang mit der Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und der Bundesrepublik Deutschland sind offizielle Vertreter der VR China mit Erklärungen aufgetreten, die gegen Interessen der Deutschen Demokratischen Republik gerichtet sind.

Ich schlage deshalb vor, daß ein Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR gegenüber dem Botschafter der VR China in der DDR mündlich unseren Standpunkt dazu darlegt.

Einen Entwurf dieser mündlichen Stellungnahme lege ich bei. Ich bitte um Bestätigung.

Mit sozialistischem Gruß

W. Winzer  
 20/70

MIAA	Unterschrift:
	Giesfried Kahl
	S. Kahl
	H. W. Lieberman

besten 20/70

000244

Entwurf

Mündliche Stellungnahme eines Stellvertreters des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR gegenüber dem Botschafter der VR China in der DDR im Zusammenhang mit Äußerungen offizieller Vertreter der VR China während des Besuchs von BRD-Außenminister Scheel in Peking

Herr Botschafter!

Wie Ihnen bekannt ist, betrachtet die Deutsche Demokratische Republik den Kampf um Frieden und Sicherheit, gegen Imperialismus und Reaktion als ihre außenpolitische Hauptaufgabe. Das ist zugleich ein Beitrag für den revolutionären Weltprozeß. Dieser ist für die Verwirklichung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz zwischen den Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung in Europa sehr bedeutend. Auf Grund der konstruktiven und beherrschenden Politik der UdSSR, der DDR und der anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft wurden erste Erfolge in diesem Kampf erreicht. So wurde die Regierung der BRD veranlaßt, bestimmte Realitäten der europäischen Nachkriegsentwicklung anzuerkennen.

Die Verträge der UdSSR und der VR Polen mit der BRD, das Vierseitige Abkommen über Westberlin, der Verkehrsvertrag zwischen der DDR und der BRD und andere Vereinbarungen bekräftigen völkerrechtlich verbindlich die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung, insbesondere die Unverletzlichkeit der Grenzen, die Anerkennung der territorialen Integrität und Souveränität aller europäischen Staaten.

Bekanntlich werden z.Z. zwischen Vertretern der DDR und der BRD Verhandlungen über die Normalisierung der Beziehungen auf völkerrechtlicher Grundlage geführt. Die DDR hofft, daß diese Verhandlungen zu einem baldigen positiven Abschluß gebracht werden können.

Die reaktionärsten Kräfte des Imperialismus der BRD jedoch lassen nicht nach, den Prozeß der Entspannung in Europa und

000245

- 2 -

der Normalisierung der Lage zu stören und die bereits erreichten politischen Regelungen zu hintertreiben. Dazu propagieren sie solche unhaltbare Thesen, wie z.B. von "der endgültigen Regelung der Deutschlandfrage durch einen Friedensvertrag", von "der Wiedervereinigung Deutschlands" und der "Einheit der deutschen Nation", der "Zugehörigkeit des Landes Westberlin zur BRD" u.a.

Diese Konzeption bestimmter Kreise in der BRD, zum gegenwärtigen Zeitpunkt "eine noch ausstehende deutsche Friedensregelung" in den Vordergrund zu schieben, läßt erkennen, daß sie ihre unrealistische Absicht, die DDR in die BRD einzuverleiben immer noch nicht aufgegeben haben. Gleichzeitig geht es diesen Kreisen darum, die in den angeführten Verträgen und Abkommen getroffenen politischen Regelungen, die Grundlage jeder stabilen europäischen Sicherheit sind, zu unterlaufen und zu einem Provisorium herabzuwürdigen. So würde die Anerkennung der nach dem zweiten Weltkrieg entstandenen Grenzen, einschließlich der Grenze zwischen der DDR und der BRD, durch die Regierung der BRD, erneut in Frage gestellt. In der gleichen Absicht werden die Regelungen des Viereitigen Abkommens über Westberlin angegriffen. Man läßt weiterhin nichts unversucht, um die allseitige gleichberechtigte Einbeziehung der DDR in das internationale Leben zu erschweren.

Angesichts dieser Tatsachen hat die DDR mit Befremden feststellen müssen, daß auch von Repräsentanten Ihres Landes, in der letzten Zeit das Problem einer sogenannten ungelösten deutschen Frage aufgeworfen wurde. Bestimmte Kreise der BRD sind denn auch bestrebt, mit diesen Formulierungen ihre gegen die DDR gerichtete Politik zu stützen.

Bekanntlich sind auf dem Territorium des ehemaligen deutschen Reiches zwei voneinander unabhängige souveräne Staaten mit völlig entgegengesetzten Gesellschaftsordnungen entstanden. Sie haben jeder auf einem eigenen Territorium ein eigenes Wirtschaftssystem, eine eigene Kultur und eine eigene Lebensweise geschaffen. Zwanzig Jahre entgegengesetzter gesellschaft-

*Kopie aus Veröffentlichung der chinesischen Presse über dieses Spiel*

000246

- 3 -

licher Entwicklung sind nicht rückgängig zu machen. Im Gegensatz zur BRD, wo die bürgerliche Nation fortbesteht und die nationale Frage durch den unversöhnlichen Klassenwiderspruch zwischen der Bourgeoisie und den werktätigen Massen bestimmt wird, entwickelt sich in der Deutschen Demokratischen Republik, im sozialistischen deutschen Staat, die sozialistische Nation. Für die Völker und Staaten der DDR und der BRD gibt es keine nationale Klammer und keine irgendwie motivierte Einheit der Nation. Die Klassengegensätze sind nicht zu verwischen und so kann es zwischen diesen Staaten nur Beziehungen geben, die auf den Prinzipien der friedlichen Koexistenz beruhen.

Es würde den Interessen der DDR entsprechen, wenn die Volksrepublik China diesen Standpunkt der DDR und die entstandene Sachlage in Europa berücksichtigen würde. Wir gestatten uns, in diesem Zusammenhang darauf zu verweisen, daß die DDR immer den Kampf der VR China gegen alle Machenschaften des Imperialismus, der VR China den ihr zustehenden Platz im internationalen Leben zu verwehren, unterstützt hat. Die DDR unterstützt auch heute den gerechten Standpunkt der VR China, daß Taiwan ein unveräußerlicher Bestandteil der VR China ist.

Wie Sie wissen, tritt die Deutsche Demokratische Republik getreu ihrer prinzipiellen Politik für eine weitere Normalisierung und Entwicklung der zwischenstaatlichen Beziehungen mit der Volksrepublik China ein. Eine Verbesserung der Beziehungen entsprechend den derzeitigen Möglichkeiten würde den Interessen des Volkes der DDR und des chinesischen Volkes zum Vorteil gereichen. Dieser Standpunkt der DDR ist unverändert.

Ich bitte Sie, meine Darlegungen der Regierung der Volksrepublik China zu übermitteln.

Comrade

Erich Honecker

Comrade

Willi Stoph

Berlin, October 26, 1972

Valued Comrades!

In connection with the creation of diplomatic relations between the People's Republic of China and the Federal Republic of Germany, official representatives of the PRC have emerged with statements that are directed against the interests of the German Democratic Republic.

Therefore, I suggest that a representative of the Minister for Foreign Affairs of the GDR orally present our standpoint on this vis-à-vis the ambassador of the PRC to the GDR.

I have attached a draft of this oral statement here. I request confirmation of its receipt.

With socialist greetings,

Winzer

Draft

Oral statement of a representative of the Minister of Foreign Affairs of the GDR vis-à-vis the ambassador of the PRC to the GDR in connection with statements of official representatives of the PRC during the visit of FRG Foreign Minister Scheel in Beijing

Mr. Ambassador!

As you know, the German Democratic Republic views the struggle for freedom and security against imperialism and revanchism as its main foreign policy objective. That is at the same time a contribution to the revolutionary global process. This is very meaningful for the realization of the principles of peaceful coexistence between states of differing societal orders in Europe. Due to the constructive and perseverant policies of the USSR, GDR, and other states of the socialist community, initial successes have already been achieved in this struggle. In this manner, the government of the FRG was prompted to recognize certain realities of European post-war development.

The treaties between the USSR and PPR with the FRG, the Quadripartite Agreement over West Berlin, the transport treaty between the GDR and the FRG and other agreements strengthen in a legally binding manner the results of the Second World War and post-war development, in particular the inviolability of borders, the recognition of territorial integrity and the sovereignty of all European states.

As is well known, negotiations are ongoing between representatives of the GDR and the BRD over the normalization of relations on a legal basis. The GDR hopes that these negotiations can be soon brought to a positive close.

The reactionary forces of imperialism of the FRG do not however cease to disturb the process of détente in European and the normalization of the situation and to frustrate the political arrangements that have already been achieved. To this end they propagate such unsustainable theories like for example that of "the final settlement of the Germany question through a peace treaty", of the "reunification of Germany" and the "unity of the German nation", and the "the state of West Berlin belonging to the FRG", among others.

This conception of certain circles in the FRG of shoving a currently "still outstanding German peace arrangement" into the foreground lets it be seen that they still have not given up their unrealistic aim of incorporating the GDR into the FRG. At this same time, for these circles, it is also about undermining the political arrangements made in referenced treaties and conventions, which are the basis of every stable European security, and debasing them as a provisional arrangement. In this manner, the

recognition of the borders that arose after the Second World War, including the border between the GDR and the FRG, is questioned anew. The arrangements of the Quadripartite Agreement over West Berlin are attacked with the same intent. One does not leave anything un-attempted in order to make more difficult the general and equitable inclusion of the GDR into international life.

In light of these facts, the GDR could only determine with surprise that the problem of a so-called unresolved German question also recently came up from representatives of your country. Certain circles in the FRG are also anxious to support your policy aimed against the GDR with these formulations.

As is generally known, two sovereign states, independent from each other and with opposing social orders, have arisen on the territory of the former German empire. They have each created in their own territory their own economic system, their own culture and their own way of life. Twenty years of opposing societal development cannot be reversed. In contrast to the FRG, where the middle-class nation persists and where the national question is defined through the irreconcilable class opposition between the bourgeoisie and the working masses, the socialist nation is developing itself in the German Democratic Republic, in the German socialist state. For the peoples and states of the GDR and the FRG, there is no national fastener and no in any way motivated unity of the nation. The class contrasts are not to be washed away and thus between these states there can be only relations that are based upon the principles of peaceful coexistence.

It would correspond to the interests of the GDR if the People's Republic of China would respect this position of the GDR and the circumstances that have arisen in Europe. We allow ourselves in this context to point to the fact that the GDR has always supported the People's Republic of China's struggle against all the scheming of imperialism to deny the PRC the place to which it is entitled in international life. The GDR also supports the PRC's just position that Taiwan is an inalienable component of the PRC.

As you know, the GDR is commencing its principled policy for a further normalization and development of interstate relations with the People's Republic of China. An improvement of relations in keeping with the current prospects would redound to the advantage of the people of the GDR and of the Chinese people.

I ask that you convey my explanation to the government of the People's Republic of China.